

Sa, 19. Sep. 2009
Aachener Nachrichten - Nord / Lokales / Seite 18

Bei Steuern und Hartz IV geht's zur Sache

Streitgespräch zwischen **Bettina Herlitzius (Grüne)**, **Stefan Rohmann (FDP)** und **Andreas Müller (Linke)** in unserer Redaktion

Von *Jutta Geese*

Aachen. Eine Chance, am 27. September direkt in den Bundestag gewählt zu werden, haben weder Bettina Herlitzius (Grüne) noch Stefan Rohmann (FDP) und Andreas Müller (Die Linke). Sie kämpfen aber um möglichst viele Stimmen für ihre Partei. In unserer Redaktion trafen sie zum Streitgespräch aufeinander.

Frau Herlitzius, Sie sind ja bereits seit zwei Jahren im Bundestag. Welche Bilanz ziehen Sie?

Herlitzius: Ich bin sehr zufrieden. Ich war beispielsweise beteiligt an der Wohngeldreform, da musste die Koalition sogar ihren eigenen Entwurf zurückziehen. Das ist ein schöner Beweis dafür, dass man auch in der Opposition einiges machen kann. Vieles ist natürlich auch frustrierend. Etwa wenn man die Kollegen der anderen Parteien heute über erneuerbare Energie reden hört und weiß, wie sie im Bundestag abgestimmt haben.

Sie alle betonen das Thema Arbeit. Herr Rohmann, auf Ihren Plakaten steht etwa „Für Arbeit, Bildung und Zukunft“. Was wollen Sie?

Rohmann: Die FDP bekennt sich dazu, die Mittelschicht zu stärken durch ein anderes Steuersystem. Wenn wir die Mitte entlasten, schaffen wir Arbeitsplätze.

Herlitzius: Sie sagen, Arbeit muss sich wieder lohnen, wehren sich aber vehement gegen Mindestlöhne? Wie passt das denn?

Rohmann: Ich denke, dass Mindestlöhne die Handlungsfähigkeit der Unternehmen einschränkt, sie brauchen aber mehr Freiheit.

Herlitzius: Wir haben doch jetzt schon 1,6 Millionen Aufstocker, also Menschen, die arbeiten und trotzdem Hartz IV brauchen.

Rohmann: Deshalb wollen wir ja einen steuerlichen Grundfreibetrag von 8004 Euro pro Person.

Müller: Geringverdiener haben davon nichts. Nein, wir brauchen einen Mindestlohn. **Herlitzius:** Die 10,50 Euro der Linken sind aber nicht tragbar. Unsere 7,5 bis 8,5 Euro aber schon.

Müller: Wir haben ja gesagt, im Laufe der Legislatur. Und zu Ihrer Furcht, alle Unternehmen wandern dann aus, Herr Rohmann. Dann müssten alle französischen Unternehmer ja inzwischen hier bei uns sein. In Frankreich gibt es den Mindestlohn schon seit 1946.

Rohmann: Sie denken also nicht, dass Unternehmen schließen werden, wenn es Mindestlöhne gibt?

Müller: Nein, da bin ich ganz sicher.

Herlitzius: Das sehe ich genauso. Außerdem, wir müssen den Binnenmarkt stärken. Und das geht nur über vernünftige Löhne.

Rohmann: Ich denke, Mindestlöhne sind nicht der richtige Weg.

Herlitzius: Aber wie ist das denn mit Ihrem Spruch „Leistung muss sich wieder lohnen“? Viele arbeiten sich für fünf Euro den Buckel krumm.

Rohmann: Deswegen ja der Steuerfreibetrag.

Herlitzius: Geringverdiener zahlen doch heute schon keine Steuern.

Herr Müller, die Linke will Hartz IV abschaffen. Und dann?

Müller: Hartz IV hat unter anderem das Recht auf einen individuellen Leistungsanspruch weiter eingeschränkt. Wenn man arbeitslos ist und der Partner verdient, bekommt man kein Arbeitslosengeld II.

Herlitzius: Aber wenn der Mann einer Zahnärztin Hartz IV bekäme, wären Sie doch der erste, der schreit: „Das ist nicht gerecht.“

Müller: Das würde ich nicht sagen. Es wäre aber auch ein ungewöhnlicher Fall.

Herlitzius: Sie fordern einen Leistungsanspruch unabhängig vom Einkommen des Partners, und das können wir uns nicht leisten. Und ich muss noch mal deutlich sagen: Wir stehen zu Hartz IV und halten es nach wie vor für richtig.

Auch für richtig gemacht?

Herlitzius: Nein, deshalb muss nachgesteuert werden. Die Koalition hat auf Druck von uns Kleinen ja auch schon nachgebessert.

Müller: Es ist eine ganz große Ungerechtigkeit, dass bei Hartz IV alles an Einkommen eingerechnet wird, nicht mal das Kindergeld wird den Leuten gelassen.

Herr Rohmann, wie stehen Sie denn zu Hartz IV?

Rohmann: Wir wollen ein Bürgergeld, wir wollen alle Sozialleistungen zusammenfassen und durch das Finanzamt verwalten lassen. Die Arbeitsvermittlung muss komplett kommunale Aufgabe sein.

Herlitzius: Das können wir uns auch vorstellen.

Müller: Wir wollen auf keinen Fall zurück zu dem alten Modell, mit dem Verschiebebahnhof zwischen Arbeitsagentur und Sozialamt.

Herlitzius: Deswegen haben wir die Hartz-IV-Reform ja gemacht.

Müller: Ja, nur was dabei rausgekommen ist, ist schlecht. Aber ich glaube auch, dass die Kommunen bei der Arbeitsvermittlung eine starke Rolle spielen

sollten. Man müsste sie natürlich entsprechend finanziell ausstatten.

Egal, wer in Arbeit vermitteln soll: Es müssen Arbeitsplätze da sein. Bedarf es da nicht auch der Wirtschaftsförderung?

Herlitzius: Dafür steht unser grüner Gesellschaftsvertrag. Wir brauchen einen nachhaltigen Umbau der Industrie. Ich erinnere an die positiven Auswirkungen von Rot-Grün: Im Bereich erneuerbarer Energie haben wir 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Und da ist noch viel Potenzial. Auch in der Pflege, im Schulbereich oder im Klimaschutz muss mehr passieren.

Hat SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier das von Ihnen geklaut?

Herlitzius: Ja, das hat er echt geklaut. Aber unsere eine Million neuer Arbeitsplätze sind solide gerechnet. Von vier Millionen, wie Steinmeier, auszugehen, ist mutig.

Müller: Warum haben Sie die Million denn nicht geschaffen, als Sie in der Regierung waren?

Herlitzius: 300 000 haben wir ja geschaffen, das ist doch schon mal schön in fünf Jahren. Wir müssen auch wieder Vorreiter bei neuen Technologien werden. Wir waren es, in der Hybridtechnik und Photovoltaik zum Beispiel.

Müller: Das können Sie mit den Linken sofort machen. Aber das reicht nicht. Wir brauchen ein Investitionsprogramm, das die Binnenmarktnachfrage stärkt. Das hilft dann auch dem Mittelstand, da hat dann auch die FDP was von. Wir müssen aber auch zugeben, dass es ohne öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nicht gehen wird. Aber nicht mit Ein-Euro-Jobs, sondern mit dauerhaften und angemessen bezahlten Jobs.

Herlitzius: Wir müssen die Kommunen finanziell stärken, damit sie diese Arbeitsplätze schaffen können. Dafür brauchen wir eine Reform der Kommunalfinanzen.

Müller: Selbstverständlich, wenn die SPD mitmacht, können wir das im Bund beschließen.

Rohmann: Das läuft einher mit dem Abbau von Arbeitslosigkeit. Da sieht die FDP einen anderen Ansatz: Bildung ist der beste Weg, Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Aber Bildung ist Ländersache. Und die schwarz-gelbe NRW-Regierung ist nicht unbedingt bereit, da Kompetenzen abzugeben.

Rohmann: Weil die FDP sagt, die Länder stehen im Wettbewerb, das treibt die Bildung an. Studiengebühren hat beispielsweise nicht jedes Land. Ob die gut sind oder nicht, ist eine andere Frage. Ich sehe das zugegebenermaßen anders als FDP. Grundsätzlich aber muss man den Unis mehr Freiheit lassen, und auch den Ländern.

Herlitzius: Wir wollen, dass Bildung ein Stück in die Bundeskompetenz kommt. Und anders als die Linke haben wir uns Gedanken über die Finanzierung gemacht. Wir wollen einen Bildungssoli.

Müller: Zurück zur Wirtschaftsförderung: In der Aachener Region ist es völlig selbstverständlich, dass Arbeitsplätze, die aus der Uni heraus entstehen, gefördert werden müssen. Aber es gibt auch Leute, die kein Abitur haben, und für die müssen wir auch Arbeitsplätze schaffen. Bei der Frage der Kommunalfinanzen bin ich bei Frau Herlitzius. Da muss es eine verlässliche Regelung geben. Mit Steuererleichterungen für gut Verdienende geht das aber nicht.

Also Steuererhöhung?

Herlitzius: Wir sehen keinen Spielraum für Steuersenkungen, wollen aber auch nicht erhöhen.

Müller: Starke müssen in der Krise deutlich mehr tragen als Schwache. Wir brauchen die Vermögens- oder Millionärssteuer. **Herlitzius:** Wir müssen das vorhandene Geld auch anders verteilen. Im Gesundheits- und Schulsystem haben wir eindeutig viel Geld. Die Frage ist, ob wir es richtig ausgeben. Aber natürlich brauchen wir auch mehr Geld, etwa für die offenen Ganztagschulen.

Und woher soll das kommen?

Herlitzius: Umverteilung! Der Soli Ost etwa soll in einen Bildungssoli umgewandelt werden.

Rohmann: Das Geld muss aus Subventionsabbau kommen, etwa bei der Landwirtschaft.

Herlitzius: Wir würden Steuerprivilegien für Dienstwagen abbauen und Auslandsflüge besteuern.

Und wie sieht es mit dem Spitzensteuersatz aus?

Müller: Ein Satz wie bei unseren europäischen Nachbarn muss durchsetzbar sein, aber er sollte nicht über 50 Prozent liegen.

Herlitzius: Einkommen unter 2000 Euro wollen wir stärker entlasten und die Steuer für die oberen Einkommen ein Stück anheben. Wir wollen auch eine Grundsicherung für alle Kinder, zwischen 300 und 400 Euro, die je nach Einkommen versteuert werden.

Rohmann: Wir wollen einen Spitzensteuersatz von 35 Prozent für Einkommen ab 50 000 Euro.

Müller: 35 Prozent ist zu wenig. Die unteren Einkommen müssen entlastet werden, das ist völlig klar. Und auch wir sind für eine Kindergrundsicherung.

Ihrer Partei wird vorgeworfen, dass sie in finanzpolitischen Dingen ein bisschen weltfremd ist.

Müller: Das kann ich nicht sagen. Wir haben einen Ex-Bundesfinanzminister als Vorsitzenden. Natürlich kann man nur ausgeben, was man einnimmt. Deshalb wollen wir ja die Millionärssteuer.

Reicht das denn?

Müller: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, weil ich nicht weiß, wie stark die Armut noch ansteigen wird. Die Abwrackprämie hat jedenfalls gezeigt, dass der Staat in der Lage ist, in kurzer Zeit sehr viel Geld in die Hand zu nehmen.

 **DRUCKEN**  **SCHLIESSEN**